

**Zeitschrift:** Fachzeitschrift Heim  
**Herausgeber:** Heimverband Schweiz  
**Band:** 70 (1999)  
**Heft:** 5

**Artikel:** Wohnen von Menschen mit geistiger Behinderung in Dänemark : von "Institutionen" und Wohngruppen  
**Autor:** Ritter, Adrian  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-812921>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 16.03.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Wohnen von Menschen mit geistiger Behinderung in Dänemark

# VON «INSTITUTIONEN» UND WOHNGRUPPEN

Von Adrian Ritter

Ein Mitarbeitender der «Fachzeitschrift Heim» reiste nach Norden und fragte nach der Behindertenpolitik in Skandinavien. Dabei ging es insbesondere um das Thema Wohnen von Menschen mit einer geistigen Behinderung. Der vorliegende Beitrag zu Dänemark entstand aufgrund von Recherchen vor Ort.

Ausgangspunkt des Interesses für die Verhältnisse in Skandinavien ist ein Artikel in der Zeitschrift «Insieme» über Visionen in der schweizerischen und ausländischen Behindertenpolitik (Visionen – Gratwanderung zwischen Utopie und Realität, in: Insieme 4/Dezember 1998). Dabei stellt die Autorin *Martine Ammann* fest: «Die Tendenz ist offensichtlich: wohin man blickt, wird die Behindertenfürsorge aus den Institutionen ausgelagert.» Ammann bezieht sich dabei unter anderem auf die Situation in Holland, Schweden und Dänemark. In Holland habe sich

- die Bevölkerung «klar gegen einen weiteren Ausbau sonderpädagogischer Institutionen und gegen die Ausgrenzung, die damit verbunden ist, ausgesprochen». Die schwedische Regierung habe in diesem Jahr beschlossen, «bis ins Jahr 2000 alle Behinderteneinrichtungen zu schliessen» und
- Dänemark habe seine Institutionen «praktisch vollständig abgeschafft».

Alle behinderten Menschen in Dänemark, auch diejenigen mit grossem Betreuungsbedarf, seien heute individuell untergebracht.

Die «Fachzeitschrift Heim» wollte es genau wissen: was wurde wirklich beschlossen, wie leben Menschen mit einer geistigen Behinderung heute in diesen Ländern? Beginnen wir mit einem Besuch in Dänemark.

Das dänische Sozialministerium veröffentlichte 1995 eine Schrift zur Sozialpolitik, worin unter anderem zu lesen ist: «Im Laufe der Jahre hat der für die Behinderten verantwortliche Sektor einen Wandel durchgemacht. Die Menschen sind von grossen (...) Anstalten in kleine Einrichtungen, betreute Wohnungen und Privatwohnungen umgezogen» (Sozialministerium: Sozialpolitik in Dänemark, 1995).

Für *Ulla Broen*, Mitarbeiterin im Sozialministerium, ist diese Tendenz, die «Menschen mit Behinderung nicht mehr in grossen Einrichtungen wohnen zu las-

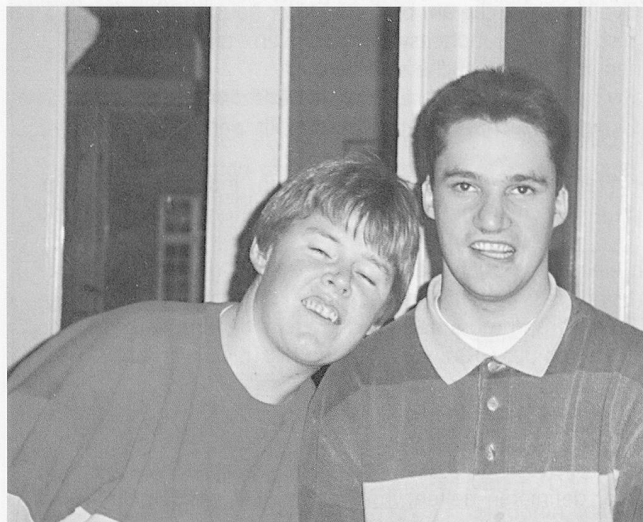
sen», gar eine der wichtigsten Veränderungen in der Behindertenpolitik der letzten Jahre. Der Prozess der Verkleinerung von Einrichtungen, der Schliessungen und Umbauten beinhaltetete, habe bereits in den 80er Jahren begonnen.

Aufgrund der dezentralen Organisation der Behindertenfürsorge (vgl. Kasten Allgemeines zur Behindertenpolitik) sind allerdings Zahlen über die Gesamtzahl von Institutionen oder etwa Behin-

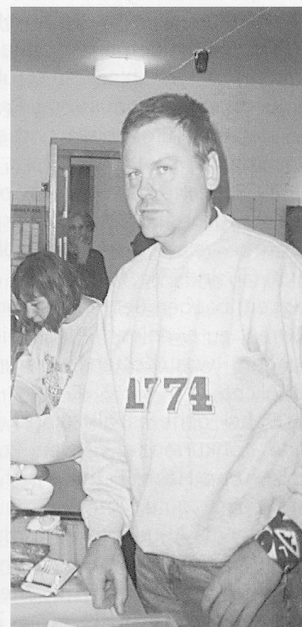
“ Eine der wichtigsten Veränderungen in der Behindertenpolitik der letzten Jahre. ”

derntenwerkstätten sowie deren BewohnerInnenzahlen und Gruppengrössen nicht verfügbar.

Für *Ulla Broen* sind Normalisierung und Integration von Menschen mit Behinderungen in Dänemark sehr gut gelungen. Auf politischer Ebene sei die Behindertenpolitik seit etwa 5 bis 7 Jahren nicht mehr so aktuell. Jugendarbeitslosigkeit und die soziale Verantwortung der Betriebe seien heute die wichtigsten sozialpolitischen Themen.



Im Wohnheim Frydendalsvej: Frisch verlobte Heimbewohner: Brigitte Pedersen und Drahi Veselinovski; Heimleiterin Luise Brink (links) mit Bewohnerin Catherine Vadstrup in deren Zimmer; Lunchpaket-Vorbereitungen für den nächsten Tag: in der Küche des Wohnheims.





Aussenwohngruppe Mathildevej: Per Sorensen in seiner Einzimmer-Wohnung. Fotos Adrian Ritter

### Wie wird die Behindertenpolitik von dänischen Behindertenorganisationen beurteilt?

Ein Besuch beim LEV, dem «Landesverband für Menschen mit Lernschwierigkeiten», der den Begriff der Lernschwierigkeit demjenigen der geistigen Behinderung vorzieht:

Gemäss Dan Schimmel, Berater beim LEV, leben in Dänemark rund 25 000 bis 30 000 Menschen mit Lernschwierigkeiten. Der LEV setzt sich dafür ein, ihnen ein Leben als gleichwertige und gleichberechtigte Mitbürger der dänischen Gesellschaft zu ermöglichen. So fordert der Verband unter anderem ein Recht auf qualifizierten Unterricht, auf Arbeit und eine eigene Wohnung.

Schimmel: «Dänemark hat einen sehr grossen Wandel unternommen im Verständnis von sozialen Problemen. Seit etwa 1991 haben die Behindertenorganisationen Druck gemacht für eine Sichtweise und entsprechende Gesetzgebung, die auch Menschen mit Lernschwierigkeiten zu Individuen macht. Nicht mehr Gruppenbedürfnisse, sondern individuelle Bedürfnisse sollen in den Vordergrund gestellt werden. Ein Schritt vorwärts fand 1995 statt, als das übliche Taschengeld ersetzt wurde durch eine Sozialhilfe, die dem durchschnittlichen Lohnniveau in Dänemark entspricht. Entsprechend dem Normalisierungsprinzip sind diese Gelder gleichzeitig auch zu versteuern. Menschen mit Lernschwierigkeiten bekommen heute rund 9000 bis 12 000 dänische Kronen (DK) monatliche Unterstützung<sup>1</sup>, was etwa dem Lohn eines technischen Arbeiters entspricht.»

Ein weiterer wichtiger Schritt ist gemäss Schimmel am 1. Juni 1998 erreicht worden, als auf Landesebene ein neues Sozialgesetz in Kraft trat, welches eine aktive Sozialpolitik in der Form von Rechten auf soziale Dienste festschrieb. Damit sollte beispielsweise auch das Recht auf Sozialkontakt gemeint sein.

Veränderungen fanden auch im Bereich der Wohneinrichtungen statt. «Aus öffentlichen Anstalten wurden private Institutionen, die mit ihren BewohnerInnen Mietverträge abschliessen, wobei die Mieten mit 2500 bis 3500 DK monatlich den Durchschnittsmieten in Dänemark entsprechen.

Die Vision der LEV mit dem von ihr postulierten «Recht auf eine eigene Wohnung» ist es, dass Menschen mit Lernschwierigkeiten pro Person zwei Zimmer (rund 60 m<sup>2</sup>) mit Bad und Küche zur Verfügung haben. Die rund 30 Einrichtungen, die der LEV momentan selber am Bauen ist, entsprechen dieser Vorgabe.

Insgesamt besitzt der LEV zur Zeit rund 120 Wohnhäuser, die er oft durch Schenkungen aus Nachlässen erhält und dann an Gemeinden vermietet, unter deren Leitung das Haus dann geführt wird. Zwei solche Beispiele befinden sich in Frederiksberg bei Kopenhagen. Luise Brink ist dort Leiterin eines Wohnheims und einer Aussenwohngruppe. Im Wohnheim Frydendalsvej wohnen dreizehn leicht geistig behinderte Männer und Frauen im Alter von Anfang 20 bis Mitte 40. Zehn dieser BewohnerInnen

### Allgemeines zur Behindertenpolitik in Dänemark:

Das dänische Sozialsystem ist heutzutage hochgradig dezentralisiert. Dänemark ist in 14 Kreise und 275 Gemeinden eingeteilt. Die Kreise sind beispielsweise für Krankenhäuser und Sondereinrichtungen wie Sonderschulen, Behinderteninstitutionen und Einrichtungen für Drogenabhängige zuständig. Die Gemeinden stellen Tageseinrichtungen für Kinder und Jugendliche, Schulen und Pflegeheime für Betagte zur Verfügung.

Das hauptsächliche Ziel aller Massnahmen für behinderte Menschen besteht darin, dem Individuum ein Leben so nah wie möglich bei der Normalität zu ermöglichen. Dies beinhaltet auch, wenn immer möglich ein Leben in den eigenen vier Wänden oder in anderen Wohnformen grösstmöglicher Selbständigkeit zu ermöglichen.

Mit der Dezentralisierung der Sozialdienste ab 1980 nahm bei lokalen und regionalen Behörden der Bedarf an Wissen über verschiedene Formen von Behinderung zu. Dem wurde mit der Eröffnung von nationalen Informationszentren begegnet. Gleichzeitig wurde auf einer mehr politischen Ebene der nationale Behindertenrat («National Handicap Council») ins Leben gerufen. Dieser besteht aus Vertretern von Organisationen von Menschen mit Behinderungen sowie Behördenvertretern und hat die Aufgabe, die gesellschaftlichen Lebensbedingungen von Menschen mit Behinderungen zu verfolgen und zu evaluieren. Der Rat kann Vorschläge zuhanden der Behörden vorbringen und wird von diesen auch zur Beratung bei entsprechenden Sachfragen beigezogen.

1993 wurde zudem vom dänischen Parlament das Zentrum für Chancengleichheit für Behinderte ins Leben gerufen. Dessen Aufgabe ist die Wahrnehmung der Interessen von Behinderten. Das Zentrum ist berechtigt, Klagen wegen Diskriminierung Behinderter vor das nationale Parlament zu bringen. Bei der Gründung war vom Parlament der Standpunkt vertreten worden, dass nicht eine spezifische Gesetzgebung für Behinderte eingeführt werden, sondern die generelle Bewusstheit für die Situation behinderter Menschen durch vermehrte Information und Zusammenarbeit mit Behörden und Organisationen gefördert werden sollte.

<sup>1</sup> 1000 Dänische Kronen (DK) entsprechen im März 1999 ungefähr 200 Schweizer Franken.



## Die Erneuerung des dänischen Sozialstaatsmodells:

Zusammenfassung des Referates von Fritz von Nordheim, Sozialministerium Dänemark, gehalten am 74. Deutschen Fürsorgetag in Leipzig, 1997

Seit Beginn der 80er Jahre war Dänemark von Problemen der Dauermassenarbeitslosigkeit geplagt. Diese erreichten ihren Höhepunkt Anfang der 90er Jahre mit einer Arbeitslosenquote von rund 12%. Seit 1993 ist eine beachtliche Verbesserung der makroökonomischen Lage festzustellen, so dass Dänemark heute sogar als eines der besonders erfolgreichen OECD-Länder gilt.

Dabei sind konstruktive Veränderungen und Verbesserungen der sozialstaatlichen Sicherungssysteme sowohl als Faktoren für den wirtschaftlichen Aufschwung als auch als dessen Auswirkung einzustufen. Die Umwandlung des klassischen in ein gesamtwirtschaftlich konstruktives und zugleich soziales System war beschäftigungsfördernd, sozial integrierend und hat aktiv zum wirtschaftlichen Wachstum beigetragen. Bei dieser Umwandlung konnten die starken Seiten bewahrt und die schwachen Seiten des Sozialsystems verbessert werden.

In seiner klassischen Ausgestaltung ab Mitte der 60er bis Ende der 80er Jahre war das dänische Transfereinkommenssystem völlig dominiert von steuerfinanzierten, universalistischen öffentlichen Sicherungsregelungen. Dies brachte eine effektive soziale Sicherung und ein hohes Mass an Gleichheit. Selbst die hohe Steuerbelastung war von der Bevölkerung in hohem Masse akzeptiert. Auf Dauer wurde allerdings klar, dass das Transfereinkommenssystem den Anreiz zum Sparen und Arbeiten schwächte. Das System war mehr auf die Kompensation von verlорener Lohnarbeit als auf das Wiederfinden einer Arbeitsstelle eingerichtet.

Deshalb wurden Massnahmen getroffen mit dem Ziel, die Wirtschaft anzukurbeln, die Wirkungen der Arbeitslosigkeit zu mildern und die Anreizstruktur zu stärken. Die Massnahmen umfassten unter anderem eine Steigerung der öffentlichen Investitionen und neuartige Beurlaubungsmodelle, die eine beachtliche Umverteilung der Arbeit zur Folge hatten. In der Arbeitsmarktpolitik wurde insbesondere die Aktivierung, das heisst die Ausrichtung aller Bemühungen auf die Reintegration Arbeitsloser in den Arbeitsmarkt, verstärkt. Resultat der makroökonomischen Massnahmen war, dass die Rezession gestoppt und ein schnelles Wirtschaftswachstum bei Beibehaltung einer niedriger Inflation erreicht werden konnte.

Die Zukunft des dänischen Modells wird wohl in einer noch verstärkten Zusammenarbeit zwischen öffentlichem Sektor, Sozialpartnern und freiwilligen Organisationen liegen. Dabei könnten öffentliche Auftragsvergaben an private Anbieter von Dienstleistungen und eine Stärkung der Rolle freiwilliger Organisationen, auch mit öffentlichen Zuschüssen, noch stärkeres Gewicht bekommen.

arbeiten in einer geschützten Werkstatt, zwei auf dem freien Arbeitsmarkt und ein Bewohner besucht eine Sportschule. Im Falle der Arbeit auf dem freien Ar-

“ **Recht auf qualifizierten Unterricht, auf Arbeit und eine eigene Wohnung.** ”

beitsmarkt ist es gemäss Luise Brink so, dass die Arbeitgeber die Lohnkosten für behinderte Arbeitnehmer vollumfänglich vom Staat zurückerstattet erhalten.

Ziel des Wohnheims ist es, die Bewohner auf ein selbständigeres Wohnen

vorzubereiten, beispielsweise in der Aussenwohngruppe Mathildevej, wo sechs Personen in eigenen 1-Zimmer-Wohnungen leben und dabei begleitet werden.

Menschen mit einer geistigen Behinderung erhalten wie bereits erwähnt in Dänemark eine staatliche Rente. Diese beträgt gemäss Luise Brink derzeit monatlich rund 6000 DK (bei gleichzeitiger Erwerbstätigkeit) bzw. 9000 DK (bei Nicht-Erwerbstätigkeit). RentnerInnen erhalten ab 67 Jahren die normale Volkspension von monatlich rund 4000 DK. Luise Brink: «Mit dem neuen Sozialgesetz von 1998 ist es schwieriger geworden, die höchste Rente zu erhalten. Das neue Gesetz ist diesbezüglich eine Verschlechterung, eine Sparmassnahme der Regierung. Gleichzeitig enthält es

aber auch Verbesserungen wie etwa das Anrecht für behinderte Menschen auf eine Assistenz von monatlich 15 Stunden, die unter bestimmten Umständen einforderbar sind.»

Die BewohnerInnen des Wohnheims Frydendalsvej kommen also mit Rente und Erwerbtslohn auf ein monatliches Einkommen von 7000 bzw. 8000 DK, was noch nicht dem dänischen Durchschnittsverdienst entspricht.

### Was ist aus der Sicht von Luise Brink das Spezielle an der Behindertenpolitik in Dänemark?

«Dänemark hat keine grossen Institutionen mehr im Sinne von Einrichtungen mit Wohngruppengrössen von 10 und mehr Personen. Nach Gesetz darf gar nicht mehr von Institutionen gesprochen werden.»

Luise Brink unterscheidet also zwischen «schlechten» Institutionen (solche mit Wohngruppengrössen mit zehn und mehr Personen), «guten» Institutionen (Einrichtungen mit 24-Stunden-Betreuung und einer hohen Mitarbeiterzahl; Putzen und Kochen ebenfalls angeboten; Wohngruppengrössen weniger als 10 Personen) und sogenannten Shared Homes (weniger Personal, nicht 24 Stunden).

Ob es allerdings gar keine «schlechten» Institutionen mehr gibt oder einfach weniger als früher, das kann niemand mit Sicherheit sagen, denn es sind wie bereits erwähnt keine Zahlen darüber erhältlich, welcher Anteil von Menschen mit geistiger Behinderung in wie grossen Wohngruppen lebt.

Der LEV selber hat auf jeden Fall noch 1994 ein Buch veröffentlicht mit Beispielen von unhaltbaren Institutionen.

### Die ganze Diskussion zeichnet sich zudem durch eine unzureichende Definition des Begriffs Institution aus, was sich auch bereits im Insieme-Artikel sehen lässt.

Was heisst denn, alle behinderten Menschen seien «individuell untergebracht»? Heisst es, dass behinderte Menschen nur mit nicht-behinderten Menschen zusammenwohnen? Oder heisst es, dass sie einfach ein eigenes Zimmer besitzen, auch in einem Wohnheim?

#### Quellen und Literaturangaben:

- Ministry of Social Affairs: Social Policy in Denmark. Services Offered to People with Disabilities, 1995
- Danish Rehabilitation Group: Alle Möglichkeiten auch für Behinderte – das dänische Modell, 1997